Mitteilungsblatt des GVV Burgenland **2/2026**

NEUE GEMEINDE

info

www.gvvbgld.at

Konferenz: Initiative für mehr Frauen in der Kommunalpolitik, Bürgermeisterinnen fordern: „Frauen, engagiert euch!“ S. 7

Gemeindeinvestitionen brechen ein: Investitionsstau von einer Milliarde Euro gefährdet Infrastruktur, regionale Wirtschaft massiv betroffen. S. 2-4

GVV Burgenland Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen einen erholsamen Sommer!

GVV-Erfolg bei Verwaltungsabgabe: Anpassung und laufende Valorisierung der Verwaltungsabgaben auf kommunaler Ebene fix S. 10

Gemeinden schlagen Alarm: Investitionsstau von einer Milliarde Euro gefährdet Infrastruktur und Autonomie

Die finanzielle Lage der österreichischen Städte und Gemeinden spitzt sich weiter zu. Laut aktuellen Erhebungen des Österreichischen Gemeindebundes und des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) mussten vier von fünf Gemeinden im Jahr 2025 dringend notwendige Investitionen verschieben, reduzieren oder ganz absagen. Österreichweit summiert sich der Investitionsrückstau bereits auf rund eine Milliarde Euro und betrifft mehr als 5.000 kommunale Projekte. Die Sorge um die Zukunft der Gemeindeautonomie wächst.

Machen auf die prekäre finanzielle Lage vieler Städte und Gemeinden und die Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft aufmerksam: Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverbands Österreich (GVV Österreich) Wolfgang Kocevar, der Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands (SWV) Bernd Hinteregger und die Judenburger SPÖ-Bürgermeisterin Elke Florian

Besonders betroffen sind Bereiche der kommunalen Grundversorgung wie Straßen und öffentliche Plätze, Wasser- und Abwasseranlagen, Schulen, Kindergärten, Feuerwehrwesen sowie Energie- und Gebäudesanierungen. Die Folgen seien für die Bevölkerung unmittelbar spürbar, betonen Gemeindebund und Städtebund. „Das sind keine Luxusprojekte, sondern Investitionen in die Lebensqualität der Menschen“, erklärt Gemeindebund-Vizepräsident und GVV-Burgenland Präsident Erich Trummer.

Defizit gesenkt – aber auf Kosten notwendiger Investitionen

Zwar konnten Städte und Gemeinden (ohne Wien) ihr Budgetdefizit im vergangenen Jahr um rund 25 Prozent senken. Dies geht aus einer aktuellen Untersuchung des KDZ hervor, die im Auftrag des Österreichischen Städtebundes erstellt wurde. Erreicht wurde diese Budgetverbesserung jedoch nicht durch eine nachhaltige Entlastung der Gemeinden, sondern vor allem durch höhere Gebühren und einen deutlichen Rückgang bei den Investitionen. KDZ-Expertin Karoline Mitterer warnt davor, diese Entwicklung als Erfolg zu betrachten. Die Gemeinden würden notwendige Ausgaben lediglich in die Zukunft verschieben. Straßen, Gebäude, Wasserleitungen oder öffentliche Einrichtungen müssten früher oder später saniert oder erneuert werden. Je länger dies hinausgezögert werde, desto höher würden die Kosten ausfallen.

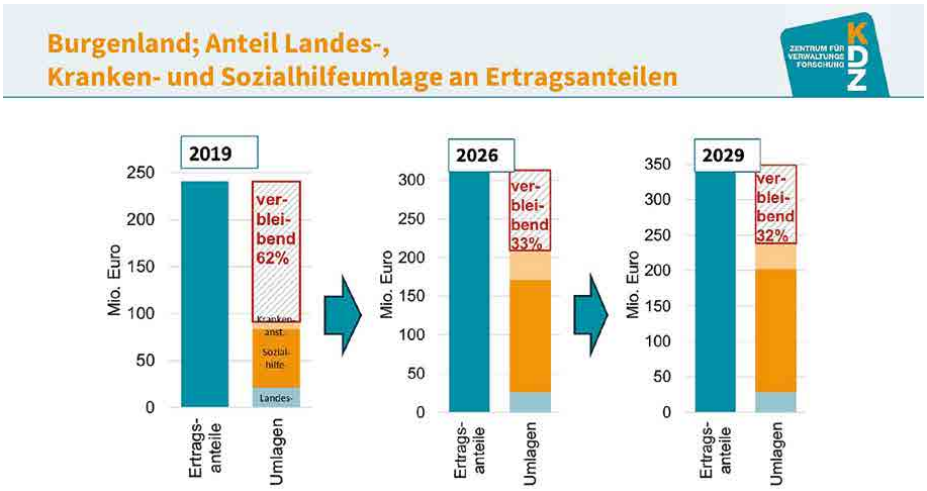
Hinzu kommt die wirtschaftliche Bedeutung der Gemeinden. Als größte öffentliche Investoren Österreichs sichern sie zahlreiche Aufträge für regionale Unternehmen. Rund 87 Prozent der verschobenen Projekte an Betriebe in der jeweiligen Region vergeben worden. Das heißt, auch die regionale Wirtschaft leidet unter dieser Entwicklung. Besonders betroffen sind Bauunternehmen, Elektriker, Installateure, Planungsbüros und Tischlereien.

Aktuelle Erhebungen des Österreichischen Gemeindebundes sowie Analysen des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) zeichnen ein alarmierendes Bild: Allein seit Anfang 2025 wurden österreichweit Investitionen im Ausmaß von rund einer Milliarde Euro aufgeschoben. Mehr als 5.000 kommunale Projekte sind davon betroffen.

Die Gemeinden sehen sich dabei in einer Zwickmühle. Einerseits steigen die Kosten für Personal, Energie und Pflichtaufgaben kontinuierlich an, andererseits fehlen ausreichende Einnahmen, um notwendige Investitionen zu finanzieren. Die Folge: Straßen werden später saniert, Kindergärten und Schulen nicht ausgebaut, Wasserleitungen und Kanäle nicht erneuert und Projekte im Bereich Energieeffizienz oder erneuerbare Energien verschoben.

Vier von fünf Gemeinden mussten Projekte verschieben

Grundlage für die aktuellen Zahlen ist eine Blitzumfrage des Österreichischen Gemeindebundes unter 747 Gemeinden, die rund 36 Prozent aller österreichischen Kommunen repräsentieren. Das Ergebnis ist eindeutig: Vier von fünf Gemeinden mussten im Jahr 2025 Investitionen reduzieren, verschieben oder ganz absagen.



Allein die teilnehmenden Gemeinden meldeten ein aufgeschobenes Investitionsvolumen von knapp 400 Millionen Euro. Hochgerechnet auf alle 2.092 österreichischen Gemeinden ergibt sich ein Investitionsrückstau von rund einer Milliarde Euro. Mehr als 5.000 kommunale Projekte dürften davon betroffen sein.

Besonders häufig verschoben werden Investitionen in Straßen und öffentliche Plätze. Dahinter folgen Energie- und Gebäudesanierungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Wasser- und Abwasserprojekte, Feuerwehr- und Katastrophenschutzeinrichtungen sowie Schulen und Kindergärten.

„Das sind keine Luxusprojekte und keine abstrakten Budgetposten. Das sind Investitionen, die die Menschen im Alltag spüren", betonen Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl und Vizepräsident Erich Trummer. Sichere Straßen, eine funktionierende Wasserversorgung, moderne Schulen oder einsatzfähige Feuerwehren seien zentrale Bestandteile der Lebensqualität in den Gemeinden.

Beispiel Sigleß: Straßenprojekt auf Eis gelegt

Um das Problem zu verdeutlichen, hat sich der Gemeindebund bei seiner Pressekonferenz in Wien Hilfe von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus Niederösterreich und dem Burgenland geholt.

Ein konkretes Beispiel liefert die Gemeinde Sigleß im Bezirk Mattersburg. Dort musste die Sanierung von Straßen und Gehwegen im Umfang von 200.000 Euro verschoben werden. Zusätzlich fehlen Mittel für dringend notwendige Kanalbauarbeiten. Bürgermeisterin und GVV-Vizepräsidentin Ulrike Kitzinger betont, dass es sich dabei nicht um Prestigeprojekte handle. „Eine Straße oder ein Gehweg ist Infrastruktur, die die Menschen jeden Tag brauchen – auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Kindergarten oder zum Einkauf. Wenn wir solche Projekte verschieben müssen, spüren das die Menschen unmittelbar."

Auch in anderen Gemeinden häufen sich ähnliche Beispiele. In Dobersberg in Niederösterreich fehlt das Geld für die Generalsanierung der Kindergartenterrasse. Statt einer nachhaltigen Lösung müssen Jahr für Jahr kleinere Reparaturen durchgeführt werden, die langfristig sogar höhere Kosten verursachen.

Burgenland: bereits 36 Gemeinden sind Konsolidierungsgemeinden

Auch im Burgenland zeigt sich die Situation deutlich. Hier gibt es bereits 36 sogenannte Konsolidierungsgemeinden, deren finanzieller Handlungsspielraum praktisch ausgeschöpft ist. .Für diese Gemeinden steht nicht weniger als die kommunale Eigenständigkeit auf dem Spiel.

Hinzu kommt, dass burgenländische Gemeinden im österreichweiten Vergleich besonders stark unter den Abzügen bei den Ertragsanteilen leiden. Während Vorarlberger Gemeinden nach den Landesabzügen im Durchschnitt noch 41 Prozent ihrer Ertragsanteile behalten, bleiben burgenländischen Gemeinden durchschnittlich nur 33 Prozent. In einzelnen Gemeinden übersteigen die Abzüge sogar die Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen. Die vom GVV Burgenland durchgesetzten Strukturfondsmittel von rund elf Millionen Euro jährlich für 118 Gemeinden bringen zumindest für diese Gemeinden eine Verbesserung ihrer Situation, die grundlegenden Finanzierungsprobleme werden dadurch jedoch nicht gelöst.

Ruf nach Strukturreformen

Gemeindebund, Städtebund und der Sozialdemokratische Gemeindevertreterverband (GVV) sehen die Ursachen der Krise in einer strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen. Deshalb werden seit Jahren grundlegende Reformen gefordert.

An erster Stelle steht eine Anpassung der Grundsteuer. Diese basiert noch immer auf jahrzehntealten Einheitswerten und wurde trotz massiv gestiegener Grundstückspreise nie entsprechend angepasst. GVV Burgenland und Gemeindebund sprechen sich daher für eine Erhöhung der Grundsteuer um 50 Prozent ab dem Jahr 2027 aus.

Darüber hinaus wird eine Senkung der Umlagen an die Länder gefordert, insbesondere bei der Finanzierung von Krankenanstalten.

Die Investitionsbremse der Gemeinden trifft die regionale Wirtschaft, davor warnen Bgm. Stefan Schröter (Marktgemeinde Ziersdorf), Johannes Pressl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bgm.in Ulrike Kitzinger (Sigleß), Bgm. Lambert Handl (Marktgemeinde Dobersberg), Bgm.in Kerstin Suchan-Mayr (St. Valentin), und Bgm. Patric Pipp (Nußdorf ob der Traisen) in einer gemeinsamen Pressekonferenz *Bild: Thomas Max*

Oben: Auch bei der Bundesvorstandssitzung des GVV Österreich Ende April in Wien war neben dem Doppelbudget des Bundes die Umfrage des GVV Österreich zu Einsparungen bei den Kommunen durch die Finanzsituation zentrales Thema
Rechts: Jahreshauptversammlung der bgld. Amtsleiterinnen und -amtsleiter in Güttenbach: Gemeindebund-Vizepräsident und GVV-Burgenland Präsident Erich Trummer mit dem Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Johannes Pressl, und Amtsleiter Peter Pohl. Fotos: GVV Burgenland

KDZ-Expertin Mitterer plädiert sogar für eine vollständige Abschaffung dieser kommunalen Beiträge, da es sich um regionale Aufgaben handle, die nicht von den Gemeinden finanziert werden sollten.

„Weitere Vorschläge umfassen eine Beteiligung der Gemeinden an Einnahmen aus der CO_2-Abgabe, der Bankensteuer und der Digitalsteuer sowie eine Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden“, so Trummer.

Investitions-Turbo soll Wirtschaft ankurbeln

Um kurzfristig gegenzusteuern, fordert man einen „kommunalen Investitions-Turbo“. Kernstück des Modells wäre eine Zinsstützung für kommunale Infrastrukturkredite. Nach Schätzungen könnten dadurch Investitionen von bis zu zwei Milliarden Euro ausgelöst werden.

Die vom Bund angekündigten 200 Millionen Euro an Investitionsanreizen sollten aus Sicht der Gemeinden gezielt für die Unterstützung kommunaler Infrastrukturprojekte eingesetzt werden. Dadurch könnten dringend notwendige Investitionen rascher umgesetzt und gleichzeitig wichtige Impulse für die regionale Wirtschaft gesetzt werden.

Sorge um die Zukunft der Gemeindeautonomie

Für die Gemeindevertreter steht fest, dass reine Sparmaßnahmen die Probleme nicht mehr lösen können. Die Gemeinden hätten in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche Einsparungen vorgenommen, Kooperationen eingegangen und Gebühren erhöht. Ohne zusätzliche Einnahmen und strukturelle Reformen drohten jedoch spürbare Leistungskürzungen für die Bevölkerung.

„Wir wollen nicht nur verwalten, sondern gestalten – das ist unser Auftrag. Das schaffen wir so nicht mehr“, warnt Trummer. Langfristig brauche es mehr als kurzfristige Hilfspakete von Bund und Ländern. Nur eine nachhaltige finanzielle Absicherung könne gewährleisten, dass die Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen und ihre Infrastruktur erhalten können.

Denn letztlich entscheidet die finanzielle Ausstattung der Gemeinden darüber, wie gut Straßen, Schulen, Kindergärten, Wasserleitungen oder Feuerwehren funktionieren – und damit über die Lebensqualität der Menschen vor Ort.

Anlässlich des Städtetages in Leoben lud der GVV Österreich wieder zum traditionellen Empfang:
Bild oben: GVV-Bundes-Geschäftsführer Martin Giefing und Bürgermeister Dieter Posch mit Teilnehmer:innen der burgenländischen Delegation
Bild links: GVV-Burgenland-Geschäftsführer Herbert Marhold, Judith Siber-Reiner, Geschäftsführerin des Österreichischen Städtebundes Landesgruppe Burgenland, Bgm.in Elisabeth Böhm, Bgm. Dieter Posch mit Bediensteten der Gemeinde Neusiedl am See

FRC-VERWALTUNGSPLATTFORM

Mehr *Spielraum* für Ihre Gemeindedarlehen

Die finanziellen Rahmenbedingungen für burgenländische Gemeinden sind anspruchsvoll geworden. Gestiegene Zinsen, steigende Ausgaben und enger werdende Budgets setzen kommunale Haushalte unter Druck – während vielerorts der vollständige Überblick über das eigene Kreditportfolio fehlt.

Welche Darlehen laufen zu welchen Konditionen? Wo bestehen Einsparpotenziale? Welche Finanzierungen lassen sich sinnvoll umstrukturieren? Genau hier setzt die FRC-Verwaltungsplattform an: Sie bündelt alle Finanzierungen einer Gemeinde übersichtlich an einem Ort und schafft damit die Grundlage für fundierte Entscheidungen.

Aufschläge, Laufzeiten und Konditionen werden transparent dargestellt, Optimierungspotenziale sichtbar gemacht und konkrete Handlungsoptionen aufgezeigt. Das Ziel ist klar:

- **Finanziellen Spielraum schaffen**
- **Investitionen ermöglichen**
- **Kreditportfolio nachhaltig strukturieren**

Was die Plattform leistet: die Online-Abbildung aller Bestandsfinanzierungen, Simulation unterschiedlicher Zinsszenarien, digitale Hinterlegung von Kreditverträgen, abruf- und bearbeitbare Tilgungspläne, transparente Reports für Rechnungsabschluss, Voranschlag und Mittelfristplanung sowie direkte Datenübertragung in die Buchhaltung mit Bankenanbindung.

Der Mehrwert liegt nicht in der Theorie, sondern in der praktischen Umsetzung. FRC analysiert bestehende Darlehensverträge, vergleicht Konditionen am Markt und begleitet die Gemeinde durch den gesamten Prozess der Strukturierung. Was häufig als unveränderbare Belastung wahrgenommen wird, entpuppt sich bei genauer Betrachtung oft als Hebel für spürbare Entlastung.

Kredit ist kein Risiko, sondern ein Werkzeug – wenn man ihn richtig einsetzt.

Dass dieser Ansatz funktioniert, zeigen Beispiele aus Gemeinden der Region. In allen Fällen führte die genaue Analyse des Kreditportfolios zu messbaren Einsparungen beim jährlichen Schuldendienst und zu einer verbesserten Haushaltsstruktur. Mittel, die zuvor in Zinsen und Tilgungen gebunden waren, stehen nun wieder für Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Daseinsvorsorge zur Verfügung.

Für Gemeinden lohnt sich daher ein näherer Blick auf die Plattform. Sie ersetzt keine kommunale Verantwortung, sondern stärkt sie – mit verlässlichen Daten, transparenten Auswertungen und einer klaren Entscheidungsgrundlage.

ABB. 1 **Musteransicht** – *alle Kreditpositionen mit Konditionen, Laufzeiten, gewichteten Durchschnittsverzinsungen und Restschuld auf einen Blick.*

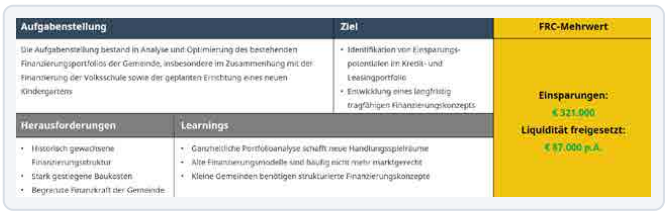


ABB. 2 **Umgesetzte Gemeindefallstudie**

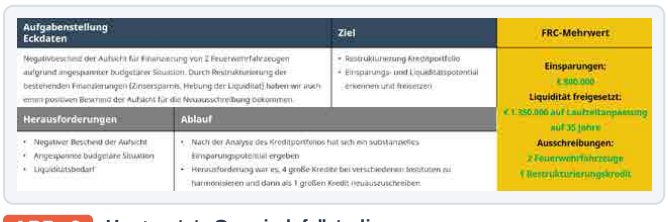


ABB. 3 **Umgesetzte Gemeindefallstudie**

EIN BEITRAG VON
Werner Lehner & Heinz Hofstaetter

FRC – Finance & Risk Consult GmbH, Eisenstadt
T +43 5 1722 102 · support@frc.at · www.frc.at · onair.frc.at

Klartext!

Doppelbudget des Bundes ist eine vertane Chance für unsere Gemeinden

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV
Burgenland

**Sehr geschätzte Bürgermeisterinnen, sehr geschätzte Bürgermeister!
Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!**

Als Präsident des Gemeindevertreterverbandes Burgenland ist es mir ein Anliegen, die aktuelle Lage unserer Gemeinden ohne Beschönigung, aber mit klarer Perspektive darzustellen. Die Finanzsituation vieler Kommunen ist dramatisch: Steigende Kosten in nahezu allen Bereichen treffen auf stagnierende oder nur moderat wachsende Einnahmen, während die Ausgaben – von Kinderbetreuung über Pflege bis zur Daseinsvorsorge – kontinuierlich zunehmen. Gleichzeitig werden Aufgaben von Bund und Land zunehmend auf die Gemeinden verlagert, ohne dass die dafür notwendigen finanziellen Mittel in ausreichendem Ausmaß mitgeliefert werden. In den letzten Monaten haben wir Gemeindevertreter:innen in vielen Verhandlungen für mehr finanzielle Überlebenschance der Gemeinden zahlreiche Argumente und Vorschläge eingebracht. Bisher leider vergebens. Das Doppelbudget des Bundes ist leider wieder eine vertane Chance für unsere Gemeinden.

Unsere Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Gemeindemandatar:innen arbeiten tagtäglich an der Belastungsgrenze, um funktionierende Infrastruktur, soziale Sicherheit und Lebensqualität in den Orten zu sichern. In vielen Budgetdiskussionen geht es längst nicht mehr um „Wunschprojekte“, sondern um die Frage, wie der gesetzliche Mindeststandard überhaupt noch finanzierbar bleibt. Wenn Gemeinden gezwungen sind, notwendige Investitionen aufzuschieben, Personal abzubauen oder Gebühren zu erhöhen, dann ist das ein unübersehbares Warnsignal – nicht nur für die kommunale Ebene, sondern für das gesamte Staatsgefüge.

Der Gemeindevertreterverband muss aus meiner Sicht auch in Zukunft eine starke, unabhängige und konstruktive Stimme sein – gegenüber Bund, Land und allen Partnern. Es braucht partnerschaftliche Zusammenarbeit, aber auch klare Forderungen, fundierte Argumente und die Bereitschaft, gemeinsam mit anderen Ebenen Lösungen zu erarbeiten, die den Gemeinden langfristig wieder Luft zum Atmen geben.

Kontinuität in den Grundwerten – Solidarität unter den Gemeinden, parteiübergreifende Zusammenarbeit und das klare Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung – muss dabei Hand in Hand gehen mit der Offenheit für neue Wege in der Interessenvertretung. Der Verband wird sich meiner Erfahrung nach noch stärker als Plattform für Austausch, Vernetzung und gegenseitige Unterstützung positionieren müssen, um die zunehmende Komplexität der Herausforderungen zu bewältigen.

Die Gemeinden sind das Fundament unseres demokratischen Zusammenlebens. Wenn dieses Fundament brüchig wird, gerät das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt ins Wanken. Daher appelliere ich an Bund und Land, die finanzielle Ausstattung der Gemeinden endlich als zentrale Zukunftsfrage zu betrachten. Eine starke kommunale Ebene ist kein Kostenfaktor, sondern eine Investition in Stabilität, sozialen Zusammenhalt und Lebensqualität vor Ort.

Meiner Sorge um die finanzielle Lage überwiegt bei mir vor allem mein tiefer Respekt vor der Arbeit aller, die in den burgenländischen Gemeinden Verantwortung übernehmen – oft ehrenamtlich, oft unter großem persönlichem Einsatz. Dieser Einsatz verdient es, dass wir gemeinsam, auch über Parteigrenzen und Ebenen hinweg, an tragfähigen Lösungen arbeiten. Es ist jetzt Zeit diesen Schulterschluss neu zu bekräftigen – im Interesse unserer Gemeinden und der Menschen, die in ihnen leben. Jedenfalls bedanke ich mich sehr herzlich bei euch allen für eure Resilienz und euren Einsatz sowie eure Zusammenarbeit mit dem GVV und mir!

Euer GVV Präsident Erich Trummer

Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner und Gmeindebund-Vizepräsidentin Bettina Lancaster mit der Delegation aus dem Burgenland beim Bürgermeister:innen-Treffen in Wien. Foto: Präsidentschaftsbüro

Bürgermeisterinnen fordern: „Frauen, engagiert euch!“

Anlässlich der Bürgermeisterinnenkonferenz Österreich, Deutschland, Schweiz und Italien (Südtirol) Ende März in Wien fordern Bürgermeisterinnen aus den teilnehmenden Ländern mehr weibliche Partizipation in der Kommunalpolitik.

In allen vier Ländern liegt der Anteil der Frauen in kommunalen Führungspositionen nur zwischen 11 und 19 Prozent: In Südtirol sind es knapp 14 Prozent, in der Schweiz 19 Prozent, in Deutschland 13,5 Prozent und in Österreich nur 11,6 Prozent.

„Noch immer sind Frauen in kommunalen Entscheidungspositionen deutlich unterrepräsentiert. Für eine funktionierende Demokratie ist eine gerechte politische Repräsentation aller Geschlechter unerlässlich. Demokratie lebt vom Mitmachen – und die Kommunalpolitik ist der Ort, an dem Demokratie am sichtbarsten gelebt wird“, so der Tenor der Veranstaltung.

Umfrage unter Kommunalpolitiker:innen

Eine im Vorfeld der Konferenz von der FH Kärnten durchgeführte Umfrage unter Kommunalpolitiker:innen zeigt deutliche Geschlechterunterschiede: Frauen in der Kommunalpolitik erleben höhere Belastungen, mehr Kritik und strukturelle Hürden, was sich in ihrer geringeren Repräsentation bei Spitzenämter niederschlägt. Während demokratische Grundwerte insgesamt breit geteilt werden, betonen Frauen stärker die Bedeutung von Beteiligung und kritisieren häufiger den politischen Umgangston. Der Anteil an Bürgermeisterinnen steigt langsam. Viel schneller sinkt allerdings das Bewusstsein für die Hürden für Frauen in diesem Amt. Maßnahmen wie direkte Ansprache und Unterstützung von interessierten Frauen bleiben also wichtig, vor allem im Hinblick auf die geringe Bereitschaft der Vizebürgermeisterinnen, das Amt der Gemeindechefin anzustreben.

Mehr Frauen in kommunalen Ämtern stärken die demokratische Basis, bringen vielfältige Perspektiven in politische Entscheidungen ein und wirken als Vorbilder für kommende Generationen. Die Botschaft an alle Frauen lautet: „Einfach tun!“ – sich engagieren, laut sein, eigene Erfahrungen einbringen und in der Politik mitbestimmen.

In Österreich gibt es derzeit 243 Bürgermeisterinnen. Die meisten weiblichen Bürgermeister:innen gibt es in NÖ (95), gefolgt von Oberösterreich (51), der Steiermark (26) und Tirol (21). Im Burgenland gibt es aktuell 17, in Salzburg 14, in Kärnten 10 und in Vorarlberg 9 Bürgermeisterinnen. Betrachtet man die Gesamtzahl der Kommunalpolitikerinnen in Österreich, so liegt der Frauenanteil bei knapp einem Drittel: Aktuell gibt es rund 560 Vizebürgermeisterinnen und rund 10.600 Mandatarinnen (von insgesamt rund 39.500) in den 2.092 Gemeinden in ganz Österreich. Zusammengerechnet sind also rund 27 Prozent aller Kommunalpolitiker:innen Frauen.

WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland wünscht alles Gute zum Geburtstag!

VZBGM.
Michael GLANTSCHNIG 30
Mogersdorf

BGM.
Marc HOPPEL 40
Grafenschachen

BGM.in
Rita STENGER 50
Siegendorf

VZBGM.in
Karin VUKMAN-ARTNER 60
Zagersdorf

BGM.
Kurt WAGNER 70
Wörterberg

VZBGM.
Günter LASCHET 70
Rohrbrunn

Zur Sache!

Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Ich habe an dieser Stelle schon einmal für den weiteren Ausbau von Windkraft und Solarenergie in den Gemeinden plädiert. Das Burgenland ist hier zweifellos ein Paradebeispiel für diesen Weg GEMEINSAM mit der Bevölkerung. Aufgrund der geopolitischen Ereignisse des letzten Jahres und sehr wahrscheinlich der kommenden Jahre, gewinnt dieses Thema in den Kommunen weiter zunehmend an Bedeutung – nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus wirtschaftlicher und sozialer Perspektive. Angesichts der Herausforderungen des Klimawandels und stark steigender Energiepreise wird die lokale Energieerzeugung zu einem zentralen Baustein nachhaltiger Entwicklung und generell für den Fortbestand der Gemeinden im ländlichen Raum. Für Gemeinden bietet der Ausbau erneuerbarer Energien die Chance, unabhängiger von fossilen Energieträgern, internationalen Energiemärkten und globalen Konflikten zu werden. Gerade in Zeiten von enormen Preisschwankungen und geopolitischen Unsicherheiten trägt eine regionale Energieversorgung zur Stabilität bei. Kommunen, die auf Wind- und Solarenergie setzen, stärken ihre Versorgungssicherheit und machen sich langfristig resilienter. Darüber hinaus ergeben sich natürlich auch wirtschaftliche Vorteile. Der Betrieb von Windkraftanlagen und Photovoltaiksystemen schafft zusätzliche Einnahmen für die Gemeinden und regional Arbeitsplätze. Die Gemeinden können zudem zusätzlich finanziell profitieren, etwa durch Beteiligungsmodelle für Bürgerinnen und Bürger oder billigeren und sicheren Strom für die eigene Gemeinde. Damit erreicht man – im Normalfall - auch die Akzeptanz in der Bevölkerung. Das es leider auch nicht so sein kann, sieht man bei diversen Volksbefragungen zur Windkraft. Leider nutzen Populisten dieses Thema sehr oft für ihre Zwecke aus, ohne wirkliche Alternativen zu präsentieren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die ökologische Verantwortung. Städte und Gemeinden spielen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung nationaler und internationaler Klimaziele. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien leisten sie einen konkreten Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasemissionen. Gleichzeitig kann die Integration von Solarenergie auf öffentlichen Gebäuden oder die Nutzung geeigneter Flächen für Windkraftanlagen zeigen, dass Klimaschutz praktisch und vor Ort umsetzbar ist.

Allerdings bringt der Ausbau immer auch Herausforderungen mit sich. Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes, der Flächennutzung und der Bürgerbeteiligung müssen sorgfältig berücksichtigt werden. Widerstände entstehen oft dort, wo Menschen sich nicht ausreichend eingebunden fühlen, nicht genug informiert werden oder negative Auswirkungen für sich selbst befürchten. Transparente Planung, frühzeitige Kommunikation und Beteiligungsangebote sind daher entscheidend, um tragfähige Lösungen zu finden. So wurde im Burgenland von Anfang an gearbeitet und daher sind beide Variante, Solar- und Windenergie, bei uns in den Gemeinden in höchstem Maße akzeptiert.

Insgesamt zeigt sich, dass der Ausbau von Windkraft und Solarenergie für Gemeinden weit mehr ist als ein Beitrag zur Energiewende. Er ist eine Chance, wirtschaftliche Entwicklung, ökologische Verantwortung und gesellschaftlichen Zusammenhalt miteinander zu verbinden. Gemeinden, die diesen Weg aktiv gestalten, können zu Vorreitern einer nachhaltigen Zukunft werden und gleichzeitig die Lebensqualität und Energiesicherheit ihrer Einwohner langfristig sichern.

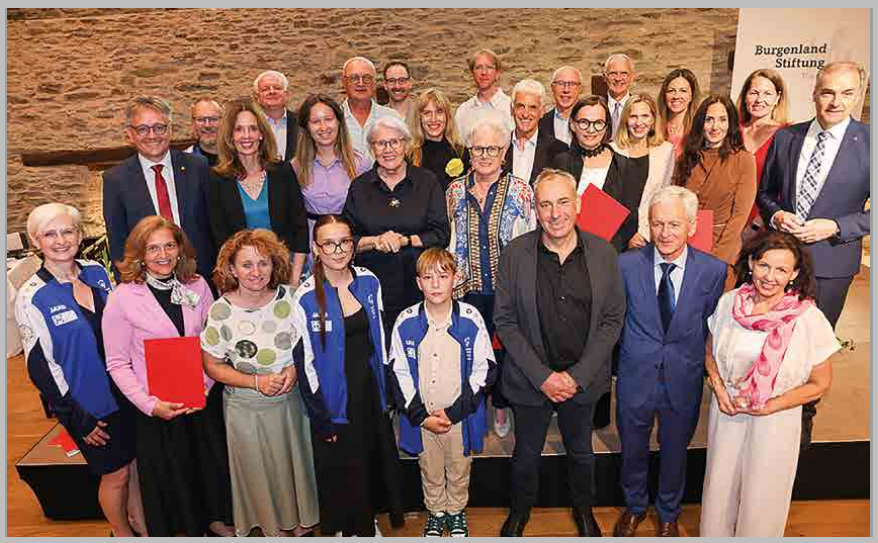
Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Austausch auf Augenhöhe für starke Gemeinden

Der GVV Burgenland war bei den Landeskonferenzen der Daseinsgewerkschaft younion, der frauenyounion und der FSG-younion durch Vizepräsidenten Gerhard Bachmann vertreten.

Bachmann hob die Bedeutung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden als Arbeitgeberinnen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hervor. „Die Gemeinden erfüllen täglich eine Vielzahl wichtiger Aufgaben für die Bevölkerung. Dies gelingt nur dann bestmöglich, wenn gegenseitiger Respekt, Wertschätzung und Zusammenarbeit auf Augenhöhe gelebt werden", betonte Bachmann. Die kommunalen Dienstleistungen seien das Ergebnis des gemeinsamen Engagements von Gemeindeverantwortlichen und Gemeindebediensteten mit den Gemeindefunktionärinnen und -funktionären. Im Rahmen der Konferenzen gratulierte Gerhard Bachmann gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dem bisherigen Landesvorsitzenden Gerhard Horwath zur Wiederwahl sowie Doris Handler zu ihrer Wahl als Landesfrauenvorsitzende.

Gerhard Bachmann (GVV-Vizepräsident) mit Doris Handler (younion-Landesfrauenvorsitzende), Gerhard Horwath (younion-Landesvorsitzender) und Christian Meidlinger (younion-Bundesvorsitzender)



Kery Stiftung –Preisverleihung an engagierte Menschen: *Die Burgenland Stiftung Theodor Kery zeichnet Jahr für Jahr engagierte Menschen aus den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Sport aus und das seit 50 Jahren. 1976 wurde sie unter dem damaligen Landeshauptmann Kery gegründet. Das Jubiläum wurde am Montag bei der Preisverleihung auf Burg Schlaining gefeiert. In den vergangenen 50 Jahren hat die Kery-Stiftung über 800 Projekte finanziell unterstützt. Mehr als drei Millionen Euro Preisgelder wurden zur Verfügung gestellt, um Menschen und Institutionen im Burgenland zu fördern. Im Rahmen des Jubiläumsjahres wurden Politikerin Christa Krammer und Manager Rudolf Luipersbeck für ihr Lebenswerk gewürdigt. Landesrat Leonhard Schneemann gratulierte allen Ausgezeichneten.* Foto: LMS

Ehrenzeichenverleihung 2025: Bürgermeister Ivan Grujic, LH a.D. Hans Niessl, Martin Ivancsics (†), Gattin Gerlinde Ivancsics und LH Hans Peter Doskozil Foto: LMS

Trauer um Martin Ivancsics

Martin Ivancsics, ehemaliger Büroleiter der Landeshauptleute Hans Sipötz und Hans Niessl, verstarb im Mai dieses Jahres. Mit Martin Ivancsics verliert das Burgenland eine prägende Persönlichkeit und einen visionären Volksgruppenvertreter, der über Jahrzehnte hinweg das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben des Landes maßgeblich mitgestaltet hat. Ivancsics hat das Burgenland und vor allem auch seine Heimatgemeinde Zagersdorf über viele Jahre hinweg mitgeprägt und sich mit ganzer Kraft für eine starke und gleichberechtigte Präsenz der Volksgruppen in Österreich eingesetzt. Martin Ivancsics war eine der wichtigsten Stimmen der Burgenlandkroaten und vertrat deren Interessen mit großer Leidenschaft und Überzeugungskraft – etwa bei Fragen des Minderheiten-Schulgesetzes oder der Mehrsprachigkeit im Burgenland. Er war eine feste Größe in der Vertretung der Volksgruppen und bekleidete zahlreiche bedeutende Funktionen. Unter anderem war er stellvertretender Vorsitzender des Volksgruppenbeirates der burgenländischen Kroaten im Bundeskanzleramt sowie Leiter des Kroatischen Kultur- und Dokumentationszentrums.

GVV-Präsident Erich Trummer. „Martin Ivancsics war zehn Jahre lang Büroleiter von Landeshauptmann Hans Niessl und dieser Funktion wichtiger Wegbereiter zahlreicher Initiativen der Landesregierung. Mit seiner fachlichen Kompetenz hat er die Landespolitik nachhaltig geprägt! Für den GVV Burgenland und die Gemeinden hatte Martin immer ein offenes Ohr. Unsere Anteilnahme gilt insbesondere seiner Familie und allen Angehörigen!"

Europaausschuss des Österr. Gemeindebundes

Ende April fand ein Europaausschuss des Österreichischen Gemeindebundes zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund in Schwerin statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Verabschiedung einer Deklaration und der rege Austausch von KommunalpolitikerInnen über die Landesgrenzen hinweg. Mit dabei waren Ausschussvorsitzender GVV-Präsident Erich Trummer und GVV LGF Mag. Herbert Marhold.

Verwaltungsabgabe: laufende Anpassung fix

Endlich ist es gelungen, unter Einbeziehung der Gemeindeinteressensvertretungen, ein Kernanliegen des GVV Burgenland durchzusetzen – nämlich die Anpassung und laufende Valorisierung der Verwaltungsabgaben auf kommunaler Ebene!

Mit der Novelle des Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz wird der rechtliche Rahmen geschaffen, um noch 2026 eine entsprechende Verordnung mit den neuen Beträgen zu erlassen. Die Anpassung und Valorisierung erfolgt mit dem Tarifblatt ab 2027 jährlich im Februar.

Wir gratulieren ....

Am 30. Mai 2026 gaben sich Bürgermeister Fabio Halb und seine Vanda *in der Evangelischen Kirche Neuhaus am Klausenbach das Ja-Wort. Im Anschluss lud das Brautpaar Familie, Freunde sowie zahlreiche Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern bei einer Agape. Für den GVV Burgenland gratulierte Präsident Bürgermeister Erich Trummer persönlich und überbrachte die besten Glückwünsche für den gemeinsamen Lebensweg. Der GVV Burgenland wünscht dem Brautpaar alles Gute, Gesundheit, Glück und viele schöne gemeinsame Jahre.*

Foto: GVV Burgenland

Mitte April hielt die SPÖ Sigleß eine Klausur *im Jufa Neutal ab. Dabei wurden schon erste Schritte für die GR-Wahl 2027 gesetzt. Zukünftige Herausforderungen wurden analysiert und genau beleuchtet, entsprechende Lösungsansätze entwickelt. Als Gast am letzten Tag dabei war auch GVV Präsident Erich Trummer, der auch Bürgermeister von Neutal ist.*

Foto: SPÖ Sigleß

Landesrat Dr. Leonhard Schneemann, Verena Dunst und Deutsch Jahrndorfs Bürgermeister und GVV-Vizepräsident LAbg. Gerhard Bachmann bei der Eröffnung des Pflegestützpunktes *Foto: LMS*

Pflegestützpunkt in Deutsch Jahrndorf feierlich eröffnet

Die Umsetzung des neuen, mit 1. April gestarteten Pflegestützpunkt-Modells läuft auf Hochtouren: Mitte April wurde mit dem Pflegestützpunkt Deutsch Jahrndorf bereits der zweite Pflegestützpunkt, den das Land über die So Wohnt Burgenland GmbH (SOWO), eine Tochtergesellschaft der Landesimmobilien Burgenland GmbH (LIB), neu errichtet hat, eröffnet.

Der neue Pflegestützpunkt in Deutsch Jahrndorf bildet den Hauptstützpunkt der Pflegeregion, die die Gemeinden Edelstal, Kittsee, Pama, Deutsch Jahrndorf, Nickelsdorf, Zurndorf, Gattendorf und Potzneusiedl umfasst. Von hier aus werden neben Deutsch Jahrndorf auch die Gemeinden Pama und Nickelsdorf betreut.

Der Pflegestützpunkt in Deutsch Jahrndorf beinhaltet vier Wohneinheiten für Wohnen im Alter – drei für jeweils zwei Personen und eine für eine Person – sowie eine Dienstwohnung für Betreuungspersonal. In der Tagesbetreuung können von morgens bis abends bis zu zwölf Personen gleichzeitig betreut werden. Neben einem inkludierten Mittagessen beinhaltet das Angebot einen Aktivitätenplan und es wird auch Ruheräumlichkeiten geben. Außerdem wird das Gebäude als Stützpunkt der mobilen Hauskrankenpflege fungieren und die Pflege- und Sozialberatung für die Region beherbergen.

100 Jahre Stadterhebung Neusiedl am See: *In Neusiedl am See wurde Mitte April ein rundes Jubiläum gefeiert: Vor 100 Jahren, am 10. April 1926, wurde die aufstrebende Gemeinde zur Stadt erhoben. Um diesen Anlass lud die Stadt mit Bgm.in Elisabeth Böhm an der Spitze zu einem Galaabend ein, an dem auch LH-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner, Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger und GVV-Burgenland-Präsident Erich Trummer teilnahmen.* Foto: GVV Burgenland

75 Jahre OSG

Mehr als 19.000 Wohnungen und Reihenhäuser hat die Oberwarter Siedlungsgenossenschaft (OSG) seit ihrer Gründung vor 75 Jahren errichtet, mehr als 40.000 Menschen wohnen in diesen Wohnungen und Reihenhäusern der OSG. Wohnbaulandesrat Heinrich Dorner gratulierte zum Jubiläum: „Die OSG prägte seit ihrem Bestehen den gemeinnützigen Wohnbau im Burgenland maßgeblich mit."

Landesrat Heinrich Dorner mit OSG-Geschäftsführer Alfred Kollar Foto: LMS

Lutzmannsburg: Start für digitale Amtstafel

Mit der Einführung klarer gesetzlicher Rahmenbedingungen für Amtstafeln, dem umfassenden Relaunch des GemWIKI sowie erfolgreichen digitalen Anwendungen setzt das Burgenland einen weiteren Schritt in Richtung moderner, effizienter Gemeindeverwaltung. Erstmals ist in der Burgenländischen Gemeindeordnung klar festgelegt, unter welchen Bedingungen Kundmachungen rechtswirksam sind. Gemeinden können weiterhin zwischen analoger und digitaler Amtstafel wählen, müssen sich jedoch eindeutig festlegen.

LR Leonhard Schneemann und Landtagsabgeordneter Roman Kainrath vor der digitalen Amtstafel in Lutzmannsburg Foto: LMS

1.-Mai-Feiern der SPÖ: Gemeinden setzen Zeichen

1. Mai Feier im Bezirk Güssing

Der 1. Mai, der „Tag der Arbeit", hat für die Sozialdemokratie im Burgenland eine besondere Bedeutung. Auch heuer wurde dieser traditionsreiche Feiertag in zahlreichen Gemeinden des Landes mit Festakten, Kundgebungen, Fackelzügen, Frühschoppen, Familienfesten und Maiwanderungen begangen.

Die 1.-Mai-Feiern zeigen Jahr für Jahr die starke Verankerung der Sozialdemokratie in den burgenländischen Gemeinden. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem Gemeinschaft, Tradition und das gemeinsame Engagement für ein solidarisches Burgenland. Die Veranstaltungen waren gut besucht und standen ganz im Zeichen der sozialdemokratischen Werte und der Verbundenheit mit den arbeitenden Menschen. In Reden wurde auf aktuelle Herausforderungen eingegangen – vom Kampf gegen die Teuerung bis hin zur Sicherung von Arbeitsplätzen und der Bedeutung des sozialen Ausgleichs wie dem Einsatz für Arbeitnehmerrechte, faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Großpetersdorf

Fackelumzug in Rechnitz

Güssing

SPÖ Familienfest in Steinbrunn

Marz

Bezirksmaifeier in Oberpullendorf

für Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit

Bezirksmaifeier Bezirk Güssing in Bocksdorf

Sieggraben

Forchtenstein

Bezirksmaifeier Bezirk Oberwart in Oberndorf

Sigleß

Zemendorf-Stöttera

Loipersbach

Pöttsching

Rohrbach

Zagersdorf

1. Mai im Bezirksvorort Mattersburg

Bruckneudorf

Klingenbach

Hornstein

Schattendorf

Nickelsdorf

Gebäuderichtlinie – Lebenszykluskosten kommen in Energieausweis

Mit der neuen EU-Gebäuderichtlinie rücken die Lebenszykluskosten von Gebäuden in den Vordergrund. Ende März veröffentlichte die Kommission ein Arbeitspapier zur Reduktion der Gesamtemissionen im Gebäudesektor, auch eine Verordnung trat in Kraft.

Die EU-Gebäuderichtlinie schreibt vor, dass das Erderwärmungspotenzial aller Neubauten in die Planung von Gebäuden einzurechnen ist. D.h. alle CO2-Emissionen über den gesamten Lebenszyklus, von Produktion und Transport der Baumaterialien über die Errichtung des Gebäudes inklusive laufendem Betrieb bis hin zu Abriss und Wiederverwertbarkeit der Materialien sind im Energieausweis darzustellen.

In den aktuellen Debatten über erschwinglichen Wohnraum wird man sich zunehmend der Notwendigkeit bewusst, Bestand besser zu nutzen bzw. Umwandlung zu erleichtern. Angesichts steigender Energiepreise spricht es Bände, dass Neubau jährlich zwar nur 1% des europäischen Gebäudebestands ausmacht, aber für 18% der Emissionen im Gebäudesektor verantwortlich ist. Die Erzeugung der Baumaterialien und Tätigkeiten auf Baustellen machen weitere 27% der Emissionen aus. Das Arbeitspapier empfiehlt den verstärkten Einsatz natürlicher und recycelter Baustoffe, was die Nachfrage nach Holzbauweise steigern dürfte.

Kongress – neue Mandatsperiode

Der im Europarat angesiedelte Kongress der Gemeinden und Regionen startete Ende März eine neue Mandatsperiode. Bürgermeisterin Bernadette Geieregger wurde Vorsitzende des Governance-Ausschusses, CEMR-Präsidentin Gunn-Marit Helgesen auch Präsidentin des Kongresses.

Der Kongress kontrolliert die Einhaltung der Charta der kommunalen Selbstverwaltung in den Europarats-Mitgliedstaaten, führt Wahlbeobachtungen durch und hat einen starken Fokus auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Dabei geht es schwerpunktmäßig um die lokale und regionale Ebene, d.h. der Kongress befasst sich u.a. mit Gewalt gegen gewählte Vertreter:innen, Korruptionsbekämpfung, den Zugang zu Daseinsvorsorgeleistungen. Da der Europarat weit über die EU hinausgeht, bieten die Plenarsitzungen Gelegenheit zum Austausch mit Kommunal- und Regionalpolitiker:innen, die nicht unbedingt den Regierungsmehrheiten nahestehen und aus erster Hand über die Situation in Ländern wie der Türkei oder Georgien berichten.

Renaturierung – Kommission analysiert städtische Ökosysteme

In Österreich wird weiter über die nationale Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung diskutiert, obwohl die Frist zur Vorlage eines österreichischen Wiederherstellungsplans näher rückt. Die Kommission untermauert in einer Studie die Ansicht des Gemeindebundes, dass unter „städtischen Ökosystemen" Grünflächen in Städten bzw. dicht bebauten Gebieten zu verstehen sind.

Die Mitte April veröffentlichte Studie der Europäischen Kommission in Kooperation mit der Universität von Kopenhagen analysiert Daten von Städten mit Blick auf das 3-30-300 Prinzip (3 Bäume in Sichtweite, 30% Baumüberschirmung, 300 Meter bis zur nächsten Grünfläche). Explizit wurde diese Analyse mit Blick auf die Wiederherstellungsverordnung unter Verwendung von Satellitendaten durchgeführt. Die Studienautoren blicken also bewusst auf Grünflächen in dicht besiedelten Gebieten, die erhalten und geschaffen werden sollen, nicht auf Ausgleichsmaßnahmen im ländlichen Raum.

Gemeinsamer Europatag in Schwerin

Zum 15. Mal tagten die Europaausschüsse von Gemeindebund und Deutschem Städte- und Gemeindebund Ende April, diesmal in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern). Unter den Teilnehmer:innen waren auch GVV Präsident Erich Trummer und GVV Geschäftsführer Herbert Marhold. Diskutiert wurde über den Mehrjährigen Finanzrahmen, die Revision des Vergaberechts und Sicherheitspolitik. Obwohl sich der Gemeinsame Europatag vor allem mit europäischer Gesetzgebung befasst, standen doch die Gemeindefinanzen bei allen Themen im Zentrum. Denn egal ob bei der Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung, der Energieeffizienzrichtlinie oder beim erschwinglichen Wohnraum, überall bremst die prekäre Finanzlage den Handlungsspielraum der Gemeinden. Dazu kommen sicherheitspolitische Herausforderungen, die Investitionen in Cybersicherheit und Resilienz notwendig machen, während es enormen Rückstau bei Investitionen in Straßen und Schulen gibt. Der Europatag fordert daher eine ausreichende Zuweisung für kommunale Investitionen, Projekte im ländlichen Raum sowie die Umsetzung bereits beschlossener EU-Vorschriften aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Städte und Gemeinden müssen bei der Prioritätensetzung auf nationaler Ebene ein partnerschaftliches Mitspracherecht haben.

Mit Blick auf die Revision des Vergaberechts werden bekannte Forderungen nach Erhöhung der EU-Schwellenwerte, Vereinfachung und Flexibilisierung bekräftigt.

Spatenstich für das neue Feuerwehrhaus in Grafenschachen: *Gemeinsam mit Bürgermeister Marc Hoppel sowie Geschäftsführer Thomas Rosner (Projektentwicklung Burgenland, PEB) legte Landesrat Heinrich Dorner Anfang Mai den Grundstein für das neue Feuerwehrhaus in der Gemeinde Grafenschachen. Das neue Feuerwehrhaus wird von der Projektentwicklung Burgenland GmbH (PEB) errichtet und soll im Mai 2027 bezugsfertig sein. Die Gesamterrichtungskosten belaufen sich auf rund 3,4 Millionen Euro. Der Garagentrakt sowie das Verwaltungsgebäude werden in Massivbauweise hergestellt. Das Feuerwehrhaus gliedert sich in zwei Abschnitte: Der Verwaltungstrakt ist eingeschossig mit einer Nutzfläche von circa 340 Quadratmetern. Die Fahrzeughalle mit fünf Garagentoren, Galerie inklusive Schlauchturm umfasst die Nutzfläche von 555 Quadratmetern. Am Dach des Verwaltungstraktes wird eine Photovoltaik-Anlage mit einer Leistung von 20 kWp errichtet. Das Gebäude wird mit einer Kompaktluftwärmepumpe ausgestattet. Mit der Kompaktluftwärmepumpe werden auch die innenliegenden Klimageräte im Verwaltungstrakt versorgt. Die befestigte Fläche mit Asphalt, Pflastersteinen für Parkplätze und Gehwegen beträgt circa 1.400 Quadratmeter. In der Außenanlage wird ein Waschplatz mit Löschabscheider errichtet, im Bereich der Parkplätze sind zwei E-Ladestationen vorgesehen.* Foto: LMS

Schulung: Sicherheit am Schulweg und Kinder-Mobilität

Im JUFA Neutal fand eine spannende Schulung zur Sicherheit am Schulweg und zur Mobilität von Kindern statt. Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter diskutieren gemeinsam mit Expertinnen und Experten konkrete Maßnahmen von Schulstraßen über Temporeduktion bis hin zu sicheren Hol- und Bringzonen. Das Ziel: Mehr Sicherheit für unsere Kinder und praxistaugliche Lösungen für die burgenländischen Gemeinden.

Foto: GVV Burgenland

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:
Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvbgld.at
Redaktion: GVV Burgenland
Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt
Zulassungsnummer: 02Z034036 M